

8610 Uster, 31. August 2021

An die Mitglieder des Gemeinderates Uster

Gemeindeordnung 2022, Anträge für Gemeinderatssitzung vom 6. September 2021

Zur Vorlage «Gemeindeordnung 2022 (vgl. Beilage zur Weisung 91/2021) stelle ich folgende Anträge:

Art 3

c) **streichen** (...) «pro Jahr auf 3.4 Tonnen» (...)

streichen (...) «insbesondere kommunale Fahrzeuge Netto Null bis 2030»

Einfügen: f) *alle kommunalen Projekte und solche, an denen die Stadt beteiligt ist, unterstehen einer CO₂-Analyse und einer entsprechenden Prüfung. Die Resultate sind zu veröffentlichen.*

Begründungen:

- Die 3.4 Tonnen/Jahr können in Uster nicht gemessen werden. Nicht messbare Grössen gehören nicht in die Gemeindeordnung.
- Die wenigen kommunalen Fahrzeuge, die auf Elektro- oder anderen Antrieben basieren, tragen angesichts ganz anderer Probleme nichts zur Reduktion des CO₂-Ausstosse oder zur Bremsung des Klimawandels bei.

d) streichen (...) *insbesondere die Förderung von Abwärme (...)*

allenfalls Änderung: Die Förderung der Abwärme-Nutzung (...)

Begründung: Ich will nicht die Abwärme per Gemeindeordnung fördern!

Generell zur Primarschulpflege:

Hauptantrag:

Die Primarschulpflege ist als «Kommission mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen» zu organisieren (so wie das bis zur Gemeindeordnung 2001 bestand)

Unteranträge: u.a.

Art 10 Urnenwahlen:

Abs 2: Streichen «(mit Ausnahme der Präsidentin bzw. des Präsidenten der Primarschulpflege)»

Begründung:

- Entweder kennen wir die Einheitsgemeinde oder dann kenne wir sie eben nicht. Bei einer Einheitsgemeinde soll jedes Stadtratsmitglied die Schule führen können. Keine Sonderwahl für ein einzelnes SR-Mitglied (Diskriminierungsverbot).
- Sachgerechter ist eine Abkehr von der Einheitsgemeinde Stadt Uster/ Primarschulpflege in Uster.
- Durch die Aufnahme der Präsidierenden in den Stadtrat wurde eine Umorganisation vorgenommen, die nicht ideal ist: Der Tiefbau und der Hochbau sind zusammengelegt worden und so zur Monsterabteilung geworden, mit allen Nachteilen der Unführbarkeit oder aber eher nachlässigen Führung. Oder die Verwaltung macht alles
- Es ist nicht einzusehen, weshalb der/die Präsidierenden der PS zwingend im Stadtrat Einsitz haben müssen. 99 Prozent der Stadrats-Geschäfte haben mit der Schule nichts zu tun. Trotzdem muss die Präsidentin/Präsident an allen SR-Sitzungen teilnehmen. Damit wird die Arbeit des Präsidenten PS unnötigerweise belastet und vor allem politisiert, weil sie ja zu allen anderen Geschäften auch Stellung nehmen muss.

Art. 14 Obligatorisches Referendum

lit. 7: **1.5 Millionen Franken** (statt 4 resp. 3 der Kommission)

Art. 24 Finanzbefugnisse

lit. 7. 7. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben von Franken **300 000** Franken bis **1.5 Millionen Franken** für einen bestimmten Zweck und von neuen, jährlich wiederkehrenden Ausgaben von 100 000 Franken bis höchstens **300 000 Franken** für einen bestimmten Zweck oder entsprechende Einnahmehausfälle.

Begründung: Die Gemeindekasse soll nicht zu einem Selbstbedienungsladen werden, der nur mittels Referendum gebremst werden kann.

Wenn die Kredite gut begründet sind, muss man keine Angst haben, dass das Volk diese ablehnt. Das Volk muss aber durchaus mitbestimmen können, was es finanzieren will und was nicht.

Die Kosten für die Abstimmungen sind klein im Vergleich zu den Gesamtkredite.

Das Volk muss mitgenommen, nicht ausgeschlossen werden.
--

Ich bitte Sie/Euch, meine Anträge zu prüfen und ihnen zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen



Paul Stopper